

PB.I-01 Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

- 1 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klimakrise,
2 Hunger,
3 Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir
4 können sie
5 nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber
6 allenfalls
7 moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu
8 betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und
9 vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und
10 entlang
11 einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, transatlantisch und im
12 Rahmen der
13 Vereinten Nationen.
- 14 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das
15 Pariser
16 Klimaabkommen und die rechtebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine
17 globale
18 Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter, eine gerechte
19 Ressourcenverteilung
20 sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder
21 das
22 unermessliche Leid von Flucht und Vertreibung begreift.
- 23 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische
24 Union. Die
25 Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen
beherzt
vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als
Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von
Kriegen
und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor
allem
ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und
einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir für
ihre
stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre
Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre strategische
Souveränität
ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit,
wo
nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische
Infrastruktur
und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen

26 Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU
wirtschaftlich
27 erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation
gerecht
28 zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

29 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst.
Das
30 autoritäre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und
31 Bürger*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in
wirtschaftliche und
32 politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa. Zugleich wird eine globale
sozial-
33 ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht
möglich
34 sein. Das allein zeigt: Der Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen
ist
35 real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor
derart
36 beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre.

37 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und
38 sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von
Menschenrechten,
39 Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen
politischer
40 Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso
zentraler
41 ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten,
aber
42 gerade auch Regionen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren,
für die
43 der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage
internationaler
44 Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir selbstbewusst mitgestalten. Souverän
sind wir
45 nur gemeinsam.

46 Wir setzen auf den ehrlichen Interessenausgleich, die Achtung der Rechte
marginalisierter
47 Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und
48 regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine
49 Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am
50 Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben
wollen.

51 All das tun wir im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im
Bewusstsein um
52 die Verbrechen des Nationalsozialismus.

53 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den
54 Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer
55 Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch
zu

56 Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung verstehen wir als
Antrieb für
57 ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler
Gerechtigkeit und
58 setzen dafür bei uns selbst an.

59 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte
nicht nur
60 von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind
völkerrechtliche
61 Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik.
„Alle
62 Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der
Allgemeinen
63 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der
europäischen
64 Flüchtlingspolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich
scheitern
65 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral,
Menschenrechten und
66 internationalem Recht.

67 Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt wird Flucht angemessen und
nach
68 klaren, menschenrechtsbasierten Prinzipien begegnet. Diese Regeln aber gibt es,
ebenso wie
69 es immer wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde.
Hier
70 wollen wir anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären
Koalition
71 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur
konsequenten
72 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit
Geflüchteten
73 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
74 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

75 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns
liegen,
76 sollte Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind
77 erheblich. Wagen wir die entsprechenden Antworten.

78 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

79 **Schubkraft für globale Transformation**

80 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt
menschliche
81 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die
Zeit
82 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine
sozial-

83 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und
des
84 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet,
bei sich
85 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten –
schließlich
86 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder
Rüstungsexporten,
87 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir
wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen
88 Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Es gilt unsere internationalen
89 Zusagen
90 einzuhalten und die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im
Rahmen der ODA-
91 Quote sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch
92 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation
bringen,
93 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken. Wir bündeln die
Ausgaben für
94 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der
humanitären
95 Hilfe, um eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten
96 Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die
ODA-Quote
97 erfüllen und bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung
bereitstellen.

98 **Klimaaußenpolitik**

99 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme
Klimaaußenpolitik.
100 Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern,
Ressourcenkonflikten
101 vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für
Europa,
102 seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum
einen,
103 dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch
Klimapartnerschaften decken
104 helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so
endlich
105 unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und
106 Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den
massiven
107 Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir
es
108 schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden
Fonds für
109 Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür
ein, dass

110 es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus
111 können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und
112 Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden.

113 **Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte**

114 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt
115 Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum Schutz
116 von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender
117 Umweltveränderung ihre Heimat verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den Betroffenen eine
118 selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir
119 jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen
120 haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür
121 ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere,
122 geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur
123 Stärkung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die
124 französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen
125 wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in
126 einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

127 **Armut weltweit bekämpfen**

128 Durch die Corona-Pandemie ist die Armut weltweit dramatisch angestiegen. Armutsbekämpfung
129 ist zentrales Ziel unseres internationalen Engagements. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
130 Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen – gemeinsam mit lokalen
131 Organisationen und Expert*innen – zum Aufbau und einer nachhaltigen Stärkung von sozialen
132 Sicherungssystemen beitragen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders von Armut
133 betroffenen Regionen durch finanzielle Direkthilfen („social cash transfers“) im Rahmen der
134 ODA-Mittel abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale Sicherungsprogramme
135 die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und sozialen
136 Zusammenhalt fördern.

137 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

138 **Vereinte Nationen reformieren**

139 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-
ökologischen
140 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
141 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildung, Nahrung und Gesundheit zur Verfügung.
Sie
142 vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in dem die
beiden
143 wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt worden
sind: die
144 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das
Engagement
145 Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell, personell
und
146 diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale
Vereinbarungen
147 konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die
148 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und
andere Organe
149 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst
werden.
150 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das
Konzept
151 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht
langfristig
152 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen
die
153 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem
Alternativvorschlag
154 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten
Menschenrechtsverletzungen
155 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über
156 friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

157 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen - WHO stärken**

158 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf
verstärkte
159 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Wir
wollen die
160 WHO in ihrer Ausstattung mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat als
161 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20
werden
162 wir uns dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und
Impfstoffe

164 müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss
entsprechend
165 flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten
dürfen den
166 Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln
nicht
167 versperren.

168 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

169 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben.
Transformation
170 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
171 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen
der
172 stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-
173 Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die
Entsendung
174 in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um
das zu
175 ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das
Personal in
176 internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im
gehobenen
177 und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare
Kriterien,
178 Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien,
179 vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen
Regierung.

180 **Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren** 181 **Welt**

182 **Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik**

183 Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung
übernehmen. Die EU-
184 Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen.
Deshalb
185 treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration des westlichen
Balkans
186 und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf
Grundlage der
187 Kopenhagener Kriterien ein. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern
wie
188 Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
189 Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und
unabhängige Medien
190 in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West
ermöglichen und

191 über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-
192 assoziierten
193 Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt
194 offenhalten. Im
195 Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale
196 für die
197 Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus,
198 autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter
199 Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen.
200 Derweil hat
201 zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame
202 Haus der EU
203 verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die
204 Grundlage für
205 einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu
206 verhindern,
207 dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel
208 ohne harte
209 Grenze hat weiter Priorität.

202 **USA**

203 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik,
204 jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen
205 Werten
206 und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten
207 transatlantischen
208 Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite
209 Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei
210 Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der
211 Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den
212 weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das
213 schließt
214 eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland
215 mit ein.
216 Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung
217 nicht
218 wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst
219 mehr
220 außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere
221 für die
222 Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und
223 Polens.
224 Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den
225 jeweiligen
226 föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke
227 knüpfen.

218 **China**

219 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von
China ein
220 Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und
zunehmend
221 auch in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China
und wir
222 streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur
223 Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von
224 Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an
Europas
225 „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der
226 Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China
wollen wir
227 nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und
gleiche
228 Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden
Kernnormen
229 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet.
Das
230 europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa
in
231 Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren,
wie es
232 Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Wir werden an einer engen
europäischen und
233 transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den
Bereichen
234 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

235 **Russland**

236 Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt
immer
237 offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen
Nachbarschaft.
238 Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige
Zivilgesellschaft, die
239 der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für
Menschenrechte,
240 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den
Austausch mit ihr
241 intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen
242 Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland
verhängt
243 wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und
die
244 Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre
Zusagen

245 aus dem Minsker Abkommen umgesetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur
246 klima-
247 und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die
248 Situation
249 der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.

248 **Türkei**

249 Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
250 und
251 Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und
252 Rechtsstaatsverletzungen,
253 fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem
254 politischen
255 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive
256 Außenpolitik
257 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer
258 multilateralen
259 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu
260 thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst
261 geben,
262 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
263 vollzieht. Der
264 bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und
265 muss
266 daher beendet werden. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und
267 rechtsstaatskonformes
268 Abkommen, das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle
269 und
270 logistische Unterstützung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingenzusage
271 zur
272 Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es
273 entschieden ab, dass Menschen in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei
274 von der
275 türkischen Regierung politisch und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem
276 durch
277 in Deutschland tätige Vereine und Staatsmedien.

265 **Israel und Palästina**

266 Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und
267 die
268 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten
269 für
270 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Fortsetzung der engen Beziehungen
271 sowie
272 Frieden und Stabilität im Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen-
273 und
274 Sicherheitspolitik. Die zunehmende Bedrohung Israels in seiner Nachbarschaft
275 verurteilen
276 wir. Die Sicherheitslage in der Region ist fragil und darf nicht weiter eskaliert werden.

272 Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten oder der
fortschreitende
273 völkerrechtswidrige Siedlungsbau laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen
Lösung
274 des Konflikts entgegen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine
Zweistaatenregelung mit
275 zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staaten für Israelis und
276 Palästinenser*innen. Die angekündigten Wahlen in den palästinensischen Gebieten
sind ein
277 positives Zeichen. Die Chance der politischen und wirtschaftlichen Abkommen Israels
mit
278 arabischen Staaten wollen wir nutzen, um einen multilateralen Friedensprozess wieder
279 aufleben zu lassen und einen langfristigen Frieden in der Region zu schaffen. Europa
soll
280 sich hierfür eng mit der neuen US-Regierung koordinieren.

281 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit Afrika**

282 Die afrikanischen Staaten und die Europäische Union sind regional wie historisch eng
283 verbunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind
divers und
284 vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den
afrikanischen
285 Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für
Frieden,
286 nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der
EU
287 abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die
288 sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die
europäische
289 Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer
einseitigen
290 Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der
291 Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende
292 Ansätze machen wir uns für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie
stark, die
293 Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die
globale
294 sozial-ökologische Transformation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union
295 stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 und der regionalen
Entwicklungsagenden nach
296 Kräften zur Seite.

297 **Wir verteidigen die Menschenrechte**

298 **Menschenrechtsverteidiger*innen schützen**

299 Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt
300 oft
301 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien die Einhaltung der Menschenrechte an
302 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven
303 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen
304 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra
305 Anlaufstelle
306 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über
307 die
308 Menschenrechtssituation im Land eingeführt werden. Für
309 Menschenrechtsverteidiger*innen, die nicht
310 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller
311 und
312 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-
313 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene
314 setzen
315 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche
316 Initiativen
317 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,
318 wie
319 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein.

312 **Kriegsverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen**

313 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht
314 ungestraft
315 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als
316 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die
317 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die
318 Kapazitäten beim
319 Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen
320 in Fällen
321 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort
322 reformiert
323 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht
324 Rechnung trägt.
325 International setzen wir uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes
326 und des
327 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von
328 schwersten
329 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein – politisch wie finanziell. Gerade Kinder und
330 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen,
331 Rekrutierung
332 als Kindersoldat*innen erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid
333 nicht
334 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie
335 den

326 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle
Traumabearbeitung wollen
327 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit
unseren
328 internationalen Partnern und in Deutschland deutlich ausbauen.

329 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen**

330 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen
Medien werden
331 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle
sichtbar. Und
332 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in
333 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische
334 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame
Aktivist*innen
335 zu verfolgen. Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf
und
336 die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende

337 Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle
verankern. Wir
338 fördern die Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation und stärken die Multi-
339 Stakeholder-Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer
340 internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler
Technologie
341 ein. Den freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu
342 fördern und zu schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere

343 digitale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

344 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

345 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne
Geschlechtergerechtigkeit
346 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
347 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger
und Gewalt
348 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit
ein, für
349 ein selbstbestimmtes Leben. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir
engagieren
350 uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger
Bildung zu
351 sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Es braucht
innovative
352 Bildungsangebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder
Berufsbildung in
353 Krisen- und Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir
darum
354 finanziell und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der

355 Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und
das
356 Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

357 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

358 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen
internationale
359 Menschenrechtskonventionen ratifiziert und Menschenrechtsinstitutionen gestärkt
werden. Es
360 gilt insbesondere die ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das
361 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten
Nationen
362 zu ratifizieren. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer
363 Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für
364 Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen
365 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der
Bundesregierung für
366 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, die Nationale Stelle zur Verhütung von
Folter
367 und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir besser ausstatten, damit sie
ihre
368 Aufgaben planbar erfüllen können. Menschenrechte und Demokratieförderung sind
Grundpfeiler
369 unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

370 **Rechte von Minderheiten schützen**

371 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in
einer
372 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten
den
373 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht
um, ohne
374 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
375 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-
376 Prinzipien
zum Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen
neuen
377 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es
große
378 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein
einheitlicher
379 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das
wollen wir
380 ändern. In der EU werden wir uns für die Verabschiedung der 5.
381 Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit international anerkannte
Menschenrechte in
382 der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von

Menschen mit
384 Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan
gegen
385 Rassismus treiben wir national und international voran.

386 **Wir schützen Geflüchtete**

387 **Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen**

388 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das
Grundrecht
389 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und
zügig
390 durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist.
Zustände wie
391 in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten
einen
392 Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer
gemeinsamen und
393 humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem
Plan: In
394 gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb
der EU an
395 den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die
Geflüchteten
396 registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer
zu uns
397 kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die
Menschen, die nach
398 Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und
menschenwürdig
399 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer
Bindungen
400 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen den Aufnahme-
Mitgliedstaat.
401 Der zugrunde liegende Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft
von
402 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe
aus
403 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
404 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße
verpflichtend
405 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den
Gesamtkosten.
406 Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Die Kommission stellt
sicher,
407 dass die gemeinsamen Regeln und Mindeststandards eingehalten werden. Wir werden
mit
408 handlungswilligen Ländern und Regionen vorgehen, um die derzeitige katastrophale
Situation

409 an den Außengrenzen zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder
europäische Außenlager
410 in Drittstaaten lehnen wir ab.

411 **Familien zusammenführen**

412 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbrieftete Recht, um Asyl zu ersuchen, das
eigene
413 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität:
Immer noch
414 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und
Geflüchtete sind
415 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das
Meer
416 auszuweichen. Wir wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen – und so
verhindern,
417 dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit schlagen können.
Dabei sind
418 wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-
Kinderrechtskonvention und
419 Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die
Einschränkungen
420 beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das
Kindeswohl hat
421 oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre
422 Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit
Geflüchteten
423 gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An
deutschen
424 und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital
Anträge
425 zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Familienangehörigen zu verkürzen. Auch
mit
426 humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach
Europa zu
427 kommen und hier um Asyl zu ersuchen.

428 **Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft**

429 Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten
Nationen
430 anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die
431 Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu
432 überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt
einem
433 bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die
Weltgemeinschaft
434 übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der
435 Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-
Administration und
436 Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme

besonders
437 schutzbedürftiger Geflüchteter aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen.
So stärken
438 wir die Vereinten Nationen, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem
Beispiel
439 voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Das
individuelle
440 Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

441 **Landesaufnahmeprogramme ermöglichen**

442 Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr
Geflüchtete als
443 von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren
Aufnahmeplätze
444 dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an
den EU-
445 Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen
Grenze,
446 offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die
Länder
447 kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und
Ländern nicht
448 mehr ignoriert. Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und
Gestaltungsmöglichkeiten
449 erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Änderung
der
450 Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von
Einvernehmen in
451 Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den
Königsteiner
452 Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden
können.
453 Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen.

454 **Menschenrechte einhalten, Außengrenzen sichern**

455 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht
kontrollierte
456 Außengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben. Dass
tausende
457 Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht
458 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot
verweigern, ist
459 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
460 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller
europäischen
461 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die
die
462 Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Gerettete müssen zum
nächsten

463 sicheren Hafen gebracht werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
464 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
465 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins
466 Aufgabenprofil von Frontex aufgenommen wird, und setzen auf eine europäische
Grenzkontrolle,
467 die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und wichtige
468 grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr zu missbrauchen.
Das moderne
469 Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbrieft
470 Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer Flüchtlingskonvention
gilt
471 uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr
europäischer
472 Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik. Völkerrechtswidrige Pushbacks, von
nationalen
473 Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen geahndet werden. Das entsprechende
Monitoring
474 durch die EU-Grundrechteagentur wollen wir ausbauen. Es bedarf einer engen
parlamentarischen
475 Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer systematischen
Menschenrechtsbeobachtung vor
476 Ort.

477 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

478 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist
Bestandteil
479 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische
Unterstützung von
480 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan
oder
481 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und
europäische
482 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und
Grundrechte sowie
483 internationale Asylstandards eingehalten werden. „Migrationspartnerschaften“ mit
repressiven
484 Regimen lehnen wir ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache.
Statt
485 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
486 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern,
die ihren
487 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit garantieren, im Gegenzug über
488 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine
geordnete
489 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in
anderen
490 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung,
gemacht
491 werden und nicht für Drittstaatsangehörige gelten.

492 **Fluchtursachen strukturell angehen**

493 Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat
494 unfreiwillig verlassen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von
Vertreibung
495 und unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele
politische
496 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte
Auswirkungen auf
497 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns stark für zivile
498 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
499 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden. Wir
setzen uns für
500 ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen des globalen Südens dient.
Wir
501 treiben die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft voran. Uns ist
bewusst:
502 Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen,
weil
503 sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso
entscheidender ist
504 konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und Konsumieren
andernorts zu
505 Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen.

506 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

507 **Globale Krisenprävention**

508 Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und
Währungskrisen und
509 offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der
Aufbau
510 eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel
mehr
511 Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche
512 Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten
vorangehen
513 und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen,
wie
514 Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der
Einführung und
515 Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit
globalen
516 Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von
517 Entwicklungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte
zusammenlegen.

518 Entwicklung ermöglichen, Schulden streichen

519 Viele Entwicklungsländer sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent
520 seines
521 Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige
522 Schuldenmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir
523 brauchen
524 einen echten Schuldenerlass. Dafür muss ein international transparentes und
525 unabhängiges
526 Staateninsolvenzverfahren für die Länder geschaffen werden, die nicht in ihrer
527 eigenen
528 Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet
529 werden, an
530 einem Insolvenzverfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass
531 einzelne
532 Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private
533 Gläubiger wie
534 Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten
535 Staaten im globalen Süden auch ermöglichen, ihre Gesundheitssysteme zu verbessern,
536 sie für
537 alle zugänglich zu machen sowie Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung
538 und
539 Hygiene voranzutreiben. Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen
540 im
541 Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen
542 der Corona-
543 Krise geben. Zudem werden wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für
544 strukturschwache Länder, Krisenregionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

534 Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten

535 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich
536 dafür sind
537 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, die fette
538 Profite
539 machen, wenn Menschen hungern. Wir werden uns in der EU für strikere
540 Regulierungen
541 einsetzen, um Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge
542 Berichtspflichten für Händler*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an
543 allen
544 europäischen Börsen eingeführt werden. Ziel ist es, dass Derivate nur noch zur
545 Absicherung
546 bestehender Risiken und nicht mehr spekulativ eingesetzt werden können.

542 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

543 **Vorausschauend für den Frieden**

544 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
545 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Wir
ergänzen den
546 traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die
547 Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)
und die
548 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen
und
549 finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig
550 planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an
EU-
551 Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und
Mediation
552 aufbauen. Die Bereiche Polizei, Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000
553 Fachkräften ausstatten. Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung
Friedensforschung,
554 den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und
andere
555 wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit
556 gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Die finanzielle Förderung des
Zivilen
557 Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau
558 bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds
„Krisenprävention,
559 Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein
muss. Es
560 gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch
die
561 langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

562 **Internationale Politik feministisch gestalten**

563 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen,
564 Mädchen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Kriegen,
Konflikten und
565 Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter*innen in der
566 internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht
567 darum, die Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu
stärken, zu
568 schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens
569 gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne
570 Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und bedarfsgerechte Strategien und
Genderbudgeting.
571 Es gilt die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“
voranzutreiben,
572 sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven

Rechte

573 von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen
574 in der
574 Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in
den
575 Fokus zu nehmen.

576 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

577 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten
Angriffe auf
578 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
579 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt
580 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung
der
581 Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und
582 Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die
Verantwortung für
583 die koloniale Vergangenheit Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen
584 Geschichtsbuchkommissionen mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten.
585 Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im
Ausland
586 sollen finanziell besser ausgestattet und digital fit gemacht werden, die Programme für

587 verfolgte Künstler*innen und Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen
588 Desinformationskampagnen wollen wir verstärken.

589 **Europarat und OSZE stärken**

590 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit
die
591 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann,
wollen
592 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie
den
593 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um alle europäischen Staaten
594 einzubinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System
kollektiver
595 Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn
Europas auf
596 der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade
angesichts
597 der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas
Sicherheit und
598 die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist.

599 **Neuer Schub für Abrüstung**

600 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser
Anspruch ist
601 noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung

des
602 Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und
Russland ist
603 eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der
US-
604 Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit
den USA
605 über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne
Atomwaffen gibt es
606 nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von
607 Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche
Debatte
608 über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein
Deutschland frei
609 von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir
wissen,
610 dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren
europäischen
611 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung
unserer
612 polnischen und baltischen Bündnispartner.

613 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

614 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende
Regime und in
615 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir eine
616 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen
Regeln und
617 Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten
müssen an
618 die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien
geknüpft
619 werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und
ein
620 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine
wirksame
621 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht
geben.
622 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng
regulieren
623 und private Militärfirmen verbieten.

624 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

625 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den
Menschen bei
626 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare
Bedrohung dar. Im
627 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international

628 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche
Grundsätze
629 verstoßen, ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und
630 Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale Führungsrolle
631 einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir
632 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

633 **Sicherheit im Cyber-Raum schaffen**

634 Digitalisierung und neue Technologien verändern die moderne Kriegsführung. Wir
wollen den
635 Einsatz von militärischen Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der
636 parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen. Es braucht
Leitlinien
637 für das Vorgehen der Bundeswehr im Cyberraum. Gleichzeitig muss die Bundeswehr
638 kontinuierlich an der Stärkung ihres Eigenschutzes arbeiten, ohne ihr defensives
639 Selbstverständnis aufzugeben. Es braucht dringend eine internationale Initiative, um
640 Rüstungskontrolle zu regulieren, und vertrauensbildende Maßnahmen für den
Cyberraum. Wir
641 setzen uns für weltweit anerkannte Regeln im Cyberraum sowie eine
Selbstverpflichtung ein,
642 zivile Infrastruktur nicht militärisch anzugreifen. Auch sollte die europäische
643 Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut werden, wozu Deutschland
einen Beitrag
644 leisten sollte.

645 **Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen**

646 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu
647 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der
Responsibility to
648 Prepare, Protect and Rebuild der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft
649 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen
gegen die
650 Menschlichkeit und Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen
verpflichtet, ihre
651 Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau
kriegszerstörter
652 Gesellschaften auszubauen. Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im
Rahmen
653 der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die
Anwendung
654 militärischer Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um
Völkermord
655 zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu
schaffen.
656 Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile
und
657 militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete
Einsätze der
658 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das

heißt

659 nicht in verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches
Gesamtkonzept
660 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in
die
661 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
662 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht
wird, um
663 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die
Weltgemeinschaft vor
664 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt
wie
665 Handeln.

666 **Moderne Bundeswehr**

667 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und
strategisch
668 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir
wollen
669 die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und
materiell sicher
670 ausstatten. Dass Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze
gehen,
671 ist nicht hinnehmbar. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können
und
672 genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Die
673 Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle
Operationen im
674 Einsatz der Verbündeten müssen vollständig zugänglich sein. Die Bundeswehr soll die
Vielfalt
675 unserer Gesellschaft abbilden. Menschenfeindliche Ideologien und
rechtsextremistische
676 Strukturen in der Bundeswehr werden wir konsequent verfolgen und zerschlagen.
Neben der
677 umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie
678 verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind
überfällig.
679 Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

680 **NATO strategisch neu ausrichten**

681 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der
Allianz
682 bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine
683 klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der
EU
684 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und
der als
685 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir
brauchen

686 eine strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und
687 darauf
687 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den
Mitgliedstaaten. Das
688 willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt
688 darauf
689 keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue
Zielbestimmung ein,
690 die nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden
mit den
691 NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische
Zusammenarbeit
692 und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie
Großbritannien
693 und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von
694 europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
gemeinsam
695 entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

696 **Die EU-Sicherheitsunion vorantreiben**

697 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer
Verantwortung
698 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame
Sicherheits- und
699 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen
eine
700 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und
einer
701 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in
nationale,
702 militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der
703 Streitkräfte in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und
allgemein
704 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete
Ausstattung, der
705 Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen
EU-
706 Kommandostruktur nötig. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für
militärische
707 Zwecke lehnen wir ab.